SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

'Lasst uns zumindest zu Hilfe eilen!': die politische Opposition in Ungarn und die polnische Gewerkschaft Solidarnosc

Tischler, János

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Tischler, J. (2007). 'Lasst uns zumindest zu Hilfe eilen!': die politische Opposition in Ungarn und die polnische Gewerkschaft Solidarnosc. *Totalitarismus und Demokratie*, *4*(2), 243-266. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311018

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

„Lasst uns zumindest zu Hilfe eilen!“ – Die politische Opposition in Ungarn und die polnische Gewerkschaft Solidarność

János Tischler

Dr. János Tischler, geb. 1967 in Budapest, Historiker und Polen-Experte (Kontakt: j.tischler@chello.hu). Seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ungarischen Revolution 1956 (1956er Institut), Budapest; 1998 bis 2001 stellv. Direktor des Ungarischen Kulturinstituts in Warschau.

Abstract

When the Polish Crisis broke out in 1980/81, Janos Kadar's political system in Hungary was already past its high point. The anti-Communist opposition, which was treated with a relative amount of tolerance by the government, emerged as Kadar's policies began to show evidence of their decay. One of the main sections of the Hungarian Opposition, the so-called Democratic Opposition, considered the "Polish way" worthy of Hungarian emulation. The founding of the Solidarity movement also led them to organize themselves better and create a political action program. At the same time, this also offered Poles the opportunity to extend their influence through the work of the Solidarity movement.

I.

Der Beginn der polnischen Krise von 1980/81 fiel in einen Zeitraum, in der das ungarische Regime von János Kádár, der im Zuge der blutigen Erstickung der ungarischen Revolution von 1956 durch Moskau an die Macht gekommen war, gerade seinen Höhepunkt überschritten hatte. Damals setzte ein Verfallsprozess ein, der nahezu zehn Jahre andauern und schließlich zum Sturz Kádárs und seiner politischen Ordnung führen sollte. Im Sommer 1979 war die ungarische Regierung – wie bereits 1974/75 – gezwungen, eine starke Anhebung der Preise für Konsumartikel zu beschließen, der dann weitere folgen sollten. 1979 stiegen die Lebensmittelpreise um nahezu 20 Prozent, das allgemeine Preisniveau erhöhte sich um neun Prozent. Die zweite Ölkrise rief eine für die ungarische Wirtschaft äußerst nachteilige „Verschlechterung der Warentauschverhältnisse“ hervor, das heißt der Unterschied im Preisniveau von Exporten und Importen vergrößerte sich und die Importe wurden immer teuerer. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, war die Regierung damals einerseits gezwungen, den Import mit administrativen Mitteln zu beschränken, andererseits musste sie

Totalitarismus und Demokratie, 4 (2007), 243–266, ISSN 1612–9008
© Vandenhoeck & Ruprecht 2007

immer höhere Kredite im Westen aufnehmen. Bereits 1980 betrug die Devisenschuld Ungarns 11,5 Milliarden Dollar, bis 1985 sollte sie auf die riesige Summe von 19,5 Milliarden Dollar anwachsen.

Kádár hatte sich in den Jahren nach 1956 darum bemüht, für Ruhe innerhalb der ungarischen Gesellschaft zu sorgen und sich eine Art politische Legitimität zu verschaffen, indem er – nach einer Phase der gnadenlosen Vergeltung gegenüber den Revolutionären – nicht in das Privatleben der Menschen eingriff und als „Gegenleistung" hierfür eine apolitische Haltung erwartete. Er gewährte den Menschen zudem relativ große Bewegungsfreiheit und garantierte ihnen – was besonders wichtig war – einen kontinuierlichen Anstieg des Lebensniveaus, der auch soziale Sicherheit bot. Nach 1979 bemühte sich die Kádár-Führung darum, den bisherigen Lebensstandard zumindest zu halten – dieses Ziel erhielt von nun an höchste Priorität. Der Kádár'schen Politik verdankte das kommunistische System die Tatsache, dass es bis Mitte der 1980er Jahre vor keine ernsthaften Herausforderungen durch die Gesellschaft gestellt wurde. Trotz der immer markanter hervortretenden Probleme hielt die ungarische Führung die Macht fest in ihren Händen und genoss sogar einen relativ breiten Rückhalt in der Bevölkerung.

Mit dem Bankrott der Politik des extensiven Wachstums traten in Ungarn oppositionelle Kräfte hervor, die die existierende Ordnung immer heftiger kritisierten. Die Opposition war allerdings nie einheitlich, sondern spaltete sich in zwei Hauptrichtungen. Die so genannten Volkstümlichen (Populistischen) Oppositionellen waren der Auffassung, dass man unter den führenden kommunistischen Politikern diejenigen unterstützen müsse, die zu Reformen im Rahmen des Systems bereit seien bzw. die „liberaler" denken würden. Auf diese Weise sei man in der Lage, positiven Einfluss auf die politisch-gesellschaftlichen Prozesse auszuüben. Die so genannte Demokratische Opposition betrachtete demgegenüber den „polnischen Weg" als Vorbild. Sie ging von der von Adam Michnik Mitte der 1970er Jahre formulierten These aus, gemäß der nicht die Machthaber zu Veränderungen angespornt, sondern gerade unabhängig von ihnen „kleine Inseln der Freiheit" und selbständige Institutionen der Zivilgesellschaft errichtet werden sollten. Diese wollte man schützen und dann schrittweise stärken.[1] (Michnik brachte diese Gedanken, die als „neuer Evolutionismus" bezeichnet wurden, erstmals auf einer Konferenz in Paris zum Ausdruck,

1 Die vorliegende Studie handelt in erster Linie von der Demokratischen Opposition. Wenn ich vor dem Wort „Opposition" nicht das Attribut „Demokratisch" oder „Volkstümlich" verwende, dann verstehe ich – abhängig vom Kontext – entweder die Demokratische Opposition oder ich tätige allgemeine Bemerkungen, die sich auf die gesamte Opposition beziehen. An dieser Stelle sei auch vorangestellt, dass die Kooperation mit der polnischen Opposition als Berührungspunkt für die verschiedenen ungarischen Oppositionsrichtungen diente und ihnen die Möglichkeit zu gemeinsamen Aktionen eröffnete, insbesondere nach der Einführung des Kriegszustandes in Polen im Dezember 1981.

die zum 20. Jahrestag der Warschauer und Budapester Ereignisse von 1956 organisiert wurde.)

Die erste bedeutendere Aktion der Opposition erfolgte im Herbst 1979, als ein Brief mit 254 Unterschriften u. a. auch an Parteichef János Kádár gesandt wurde. In diesem protestierten die Unterzeichner gegen den Strafprozess, den man in Prag gegen die Gründer der tschechoslowakischen Bewegung „Charta 77“, darunter auch gegen Václav Havel, angestrengt hatte. In ihrem Brief baten die Oppositionellen – selbstverständlich erfolglos – die ungarische Führung darum, bei den tschechoslowakischen Genossen zugunsten der Bewegung zu intervenieren. Und im Dezember 1979 wurde der „Fonds zur Unterstützung der Armen“ (SZETA) gegründet, der zwar nur eine Institution mit bescheidenen Möglichkeiten war, aber allein aufgrund seiner Existenz die Führungsgremien der herrschenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) außerordentlich reizte, da er sich zum Ziel setzte, die offiziell geleugnete,[2] in Wirklichkeit aber durchaus existierende Armut in Ungarn zu lindern.

Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass das Kádár-Regime den oppositionellen Bewegungen mit relativer Toleranz begegnete. Aufgrund des ständigen Zwanges, Kredite aufzunehmen, musste es nämlich besonders auf seinen internationalen Ruf bzw. auf eine positive Beurteilung im Westen bedacht sein. Gerade deshalb wandte es nur selten grobe Gewalt gegenüber „Andersdenkenden“ an. Es verfolgte vielmehr das Prinzip des „kleinsten Übels“, dessen Hauptmerkmal es war, jemanden die existentielle Sicherheit zu entziehen – mittels Jobverlust, Publikationsverbot, Verweigerung von akademischen Titeln, Behinderung des beruflichen Fortkommens usw. Zu Gefängnisstrafen wurde in den 1980er Jahren kein einziger Oppositioneller verurteilt, kleinere oder größere – auch physische – Belästigungen (Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, provokatives Verfolgen) standen dagegen auf der Tagesordnung.

II.

János Kádár vertrat bezüglich der polnischen Krise von Anfang an den Standpunkt, dass die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) diese möglichst mit politischen Mitteln und auf „sozialistische Weise“ lösen sollte.[3] Letzteres bedeutete, dass Polen auch weiterhin ein vollständig in den Sowjetblock und Warschauer Pakt (WP) integriertes Land bleiben sollte und musste. Die Anwendung „administrativer Maßnahmen“ oder eine militärische

2 „Unter unseren sozialistischen Verhältnissen gibt es kein Elend“.

3 Näheres zur Politik der ungarischen Führung in Bezug auf die polnische Krise. In: János Tischler, Ungarn und die polnische Krise 1980–1982. In: Izabela Surynt/Marek Zybura (Hg.), Die Wende. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S. 122–143.

Lösung hielt Kádár ausschließlich dann für zulässig, wenn keine friedliche Regelung mehr möglich sein oder das kommunistische System an der Weichsel selbst in existentielle Gefahr geraten sollte. Dies würde nämlich den Fortbestand des gesamten sowjetischen Lagers bedrohen. Im Falle der Notwendigkeit, die Krise mit Mitteln der Gewalt zu bekämpfen, empfahl Kádár, diesen Schritt mit Hilfe „innerer Kräfte", also mittels der Organe der Staatssicherheit, der Armee und der Polizei, zu gehen. Eine bewaffnete Intervention der Sowjetunion konnte er sich – im Gegensatz zu den „Hardlinern" in der tschechoslowakischen, ostdeutschen und bulgarischen Führung – nur als letztes Mittel vorstellen, eine Aktion des östlichen Militärbündnisses lehnte er grundsätzlich ab. Nach einer militärischen Intervention müssten die polnischen Kommunisten dann selbst die Lage „konsolidieren", also „alle politischen und gesellschaftlichen Fragen lösen", und zwar so, wie er und seine Genossen das nach 1956 getan hätten. Aus eigener Erfahrung wusste er, wie schwer – oder wie viel schwerer – die Sache für denjenigen war, der mit Hilfe sowjetischer Bajonette und gegen sein eigenes Volk an die Macht gelangt war.

Die Ereignisse in Polen brachten die ungarische Führung – innenpolitisch gesehen – in eine angenehme und zugleich unangenehme Situation. Auf der einen Seite konnte sie offen davon sprechen, wie viel besser die Lage in Ungarn sei, denn hier herrsche Ruhe, und die Versorgung sei relativ gut. Stolz konnte sie auf die Richtigkeit der Kádár'schen Politik verweisen, was die Propaganda auch nicht versäumte. Ein Vierteljahrhundert nach der „Konterrevolution" von 1956 bot gerade die „polnische Angelegenheit" Kádár eine willkommene Gelegenheit, die Aktivitäten der MSZMP in den vergangenen 25 Jahren positiv zu bilanzieren. Er konnte feststellen, dass er die Fehler, die die polnischen Führer reihenweise und lange Jahre hindurch begangen hätten, von ihm und seinen Genossen vermieden worden seien.

Zugleich beunruhigten die polnischen Ereignisse die MSZMP-Führung aber auch. Im sowjetischen Lager offenbarten sich dadurch nämlich „Funktionsstörungen", die auch eine Herausforderung für die Innenpolitik aller anderen Mitgliedsstaaten bedeuteten. Der Kádár-Zirkel war sich darüber im Klaren, dass es in der Gesellschaft – wenn auch nicht sehr viele – Personen gab, die der „Solidarność" wohlwollend gesonnen waren und es begrüßt hätten, wenn das polnische Beispiel auch auf Ungarn übertragen worden wäre. Daher befand es Kádár für notwendig, die Öffentlichkeit zu warnen.[4] Den Veränderungen in Polen stimmten nämlich anfänglich – neben der Humanintelligenz – vor allem die einfachen Fabrikarbeiter zu. Die Polnische Botschaft in Budapest vermerkte so auch, dass seit Herbst 1980 als Zeichen der Solidarität immer frische Blumen auf dem Sockel der Statue von General Bem liegen würden.[5] Darüber hinaus

4 Vgl. Ungarisches Staatsarchiv, Abteilung für MDP-MSZMP-Akten (im Folgenden MOL), Signatur 288.f.12/217 ő. e.

5 Vgl. Polnisches Archiv für Akten der Neuzeit. Zentralkomitee der PZPR, 950/10. Abteilung für Außenpolitik. Aufzeichnungen 1981. Der polnische General Bem war ein

nahmen auch die verschiedenen oppositionellen Aktivitäten im Vergleich zu früher zu. All dies veranlasste die ungarische Führung „zu einer aktiveren Politik und zu größerer Wachsamkeit“. Dies ging soweit, dass sich Kádár bei einer Massenveranstaltung im Dezember 1980 zu – von ihm seit langem nicht mehr gewohnten – aggressiven Äußerungen hinreißen ließ. Beispielsweise erklärte er, dass die MSZMP die Errungenschaften des Sozialismus konsequent bewahre und festige und es nicht zulasse, dass die Einheit des Proletarischen Internationalismus zerstört werde.[6] Im Frühling 1981 erklärte er mehrmals in der Öffentlichkeit: „Wir lassen nicht zu, dass irgendjemand mit dem Schicksal des Volkes und des Landes spielt. Damit darf man nicht spielen!“[7] Und bei einer anderen Gelegenheit äußerte er sich folgendermaßen: „In dieser gespannten Lage müssen wir unsere Errungenschaften besser würdigen und schützen; und denjenigen, die grimmig sind und hetzen wollen, müssen wir verständlich machen, dass es sich um Errungenschaften des Volkes handelt und wir niemandem erlauben, sich daran zu vergreifen.“ Damit war zum Beispiel die Universität Szeged gemeint, in der sich damals unter den Hochschülern und Studenten die Praxis verbreitete, dass man sich als Gruß einander einen länglichen Karton mit der Aufschrift „Solidarność“ zeigte.[8] Die Kádár'schen Warnungen richteten sich aber vor allem an jene oppositionellen Gruppen im Lande, die Kontakt zur „Solidarność“ suchten.

Die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der ungarischen Opposition reichen einige Jahre weiter zurück, richtig intensiv wurden sie

---

Held der ungarischen Revolution von 1848/1849, eine Symbolfigur für die ungarisch-polnische Freundschaft. Am 23. Oktober 1956 waren die Budapester Studenten zu seiner Statue gezogen, um ihre Solidarität mit der polnischen Nation und mit den damaligen Veränderungen in Polen zum Ausdruck zu bringen. Die Bem-Statue wurde auf diese Weise zu einem der wichtigsten Ausgangspunkte der ungarischen Revolution. In der Ära Kádár waren daher alle nicht-offiziellen Versammlungen an der Statue „verdächtig“. Diese Zusammenkünfte betrachtete die Macht – übrigens völlig zu Recht – als systemfeindliche Manifestationen. Ausführlich zu den Verbindungslinien zwischen der ungarischen Revolution von 1956 und Polen siehe János Tischler, Warschau/Budapest 1956. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17–18 (2006), S. 16–24.

6 Vgl. MOL, Signatur 288.f.11/4392 ő. e.

7 Ausführlicher legte Kádár dies so dar: „Wir sind uns auch bewusst, dass der Sozialismus in Ungarn Feinde hatte und vereinzelt, in stark abnehmendem Maße und sehr zerstreut, auch heute noch hat. Diese können nicht offen auftreten, weil die riesige Mehrheit des Volkes das sozialistische System und die sozialistischen Programme unterstützt. Es gibt Hitzköpfe und Leute, die an Selbstdarstellungssucht leiden und sich zu ‚herostratischen‘ Heldentaten anschicken. Sie möchten, da sie zu den gesellschaftlichen Angelegenheiten nichts Positives beitragen können, zumindest durch irgendeine negative Handlung bekannt werden. Es gibt verantwortungslose Menschen, die nicht daran denken, dass die gemeinsame Sache allem vorangeht. Diese Menschen sind in letzter Zeit ein wenig aktiver geworden, [aber nur] vereinzelt und zerstreut. [...] Wir müssen deutlich sagen, dass wir nirgendwo einen destruktiven Angriff auf unsere Errungenschaften zulassen.“ MOL, Signatur 288.f.12/217 ő. e.

8 Vgl. MOL, 288.f.12/217 ő. e. bzw. Archiv der Staatssicherheitsdienste (im Folgenden ÁBTL), Tägliche Operative Informationsberichte (NOIJ), 1980–1988, III/III.

allerdings erst mit der Gründung der „Solidarność“. Zu einem ersten organisierten Treffen reisten der Schriftsteller Miklós Haraszti und der Wirtschaftshistoriker István Rév im Jahre 1977 nach Warschau, wo sie Kontakt zu Adam Michnik und Ján Lityński aufnahmen. Ein Jahr später besuchte der Literaturhistoriker Iván Bába Michnik das Arbeiterschutzkomitee (KOR), das den Angeklagten, denen nach der Unterdrückung der Arbeiterproteste von 1976 der Prozess gemacht wurde, und ihren Familien Hilfe leistete. Anfang 1979 fuhren die Philosophen György Bence und János Kis nach Warschau. Diese Reise diente bereits explizit dem Ziel, die Beziehungen der polnischen und ungarischen Opposition zu vertiefen und stand von Anfang an unter polizeilicher Aufsicht. Nach ihrer Heimkehr wurde der ablaufende Pass von János Kis nicht mehr verlängert und der Protest von Kis mit der schablonenhaften Begründung, seine Auslandsreisen würden „das öffentliche Interesse verletzen“, zurückgewiesen. Die oben erwähnten Reisen dienten zugleich auch dem Erfahrungsaustausch, so z. B. hinsichtlich der Frage, wie die Anfertigung und Verbreitung von Samisdat-Schriften fachmännisch zu bewerkstelligen sei.[9]

Im Mai 1980 erhielt der Jurist Tibor Pákh Informationen darüber, dass in der Kirche des Heiligen Christopherus in Podkowa Leśna bei Warschau eine größere Gruppe von polnischen Dissidenten in einen Hungerstreik getreten war, um für die Freilassung des Leiters des illegalen Verlages NOWa, Mirosław Chojeckinek, und seine ebenfalls verhafteten Mitstreiter zu demonstrieren. Pákh reiste nach Podkowa, meldete sich bei Pfarrer Tadeusz Kantorski und erklärte, dass er sich „im Geiste des Heiligen Adalbert“ der zehntägigen „Solidarność“- und Protestaktion anschließe. Er war der einzige Nicht-Pole unter den 25 Hungerstreikenden.[10] Zur Zeit der Streiks in den polnischen Seehäfen im August 1980 versuchte eine sechs- bis siebenköpfige ungarische Oppositionsgruppe nach Danzig zu gelangen. Die ungarischen Behörden ließen allerdings nur zwei Personen, die dann an mehreren Aktionen teilnahmen, ausreisen. Nach ihrer Heimkehr wurde der Pass von einem der beiden, nämlich der des Kritikers Sándor Szilágyi, für fünf Jahre eingezogen.[11] Der Motor der organisierten Kontakte

9 Vgl. Ervin Csizmadia, A magyar demokratikus ellenzék (1968–1988) [Die ungarische Demokratische Opposition (1968–1988)], Budapest 1995, S. 186.

10 Tibor Pákh wurde 1960 wegen seiner englisch verfassten Schriften über die Revolution von 1956 sowie wegen der Zusammenstellung einer Namensliste über die Jugendlichen, die aufgrund ihrer Rolle während der Revolution hingerichtet wurden, von einem Militärgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Gefängnis trat er mehrmals in den Hungerstreik. Dort versuchte man, mit Elektro- und Insulinschocks sowie mittels Medikamenten die Aufgabe seiner Aktionen zu veranlassen. 1971 wurde er für geisteskrank erklärt und freigelassen, er stand aber weiterhin unter polizeilicher Aufsicht. 1982 untersuchte ihn Professor Charles Durand aus der Schweiz, der gegen Missstände in der Psychiatrie kämpfte und erklärte ihn im Gegensatz zur ungarischen Expertise für geistig gesund.

11 Vgl. Csizmadia, A magyar demokratikus ellenzék, S. 186. Damals gab es zwei Arten von Pässen, einen so genannten roten, der für die sozialistischen Länder gültig war, und einen blauen für die kapitalistischen Staaten. Den Pass konnte der Staatsbürger –

zwischen der polnischen und der ungarischen Opposition war der Ungar Ákos Engelmayer, der 1956 als junger Aufständischer an der Revolution teilgenommen hatte. Anfang der 1960er Jahre hatte er eine Polin geheiratet und sich in Warschau niedergelassen. Er half nicht nur dabei, sprachliche Schwierigkeiten zu überwinden, sondern machte sich auch besonders beim Informationsaustausch zwischen Warschau und Budapest verdient und nahm gewaltige organisatorische Aufgaben auf sich. Nach der Gründung der „Solidarność“ trat Engelmayer der Gewerkschaft bei. Anfang 1981 kam er zum Presseaufsichtsdienst, der mehrere hundert Personen beschäftigte. Dort wählte man ihn zum Mitglied des örtlichen Ausschusses der „Solidarność“. Während der landesweiten Streikbereitschaft im Frühjahr leistete er zusammen mit vielen anderen Torwachdienst und trug neben dem Armband in polnischen Nationalfarben auch eines mit den ungarischen. Er befürchtete, dass im Falle einer sowjetischen militärischen Intervention auch ungarische Truppen in Polen einmarschieren würden. In den ersten Monaten des Jahres 1981 besuchte er daher zahlreiche Mittel- und Volksschulen in Warschau und Umgebung, wo er Vorlesungen über die Traditionen der ungarisch-polnischen Freiheitskämpfe hielt. Diese beendete er grundsätzlich mit der Feststellung, dass, sollten nun ungarische Soldaten nach Polen kommen, diese nicht die ungarische Nation vertreten würden, sondern ausschließlich die Kádár’sche Führung.[12]

Mit dem Auftreten der polnischen Massenbewegung, die unter dem Namen „Solidarność“ bekannt wurde, kam auch die ungarische Demokratische Opposition an eine Art Wegscheide. Da sie bislang über keinerlei konkrete programmatische Zielsetzungen verfügte, musste sie nun irgendein Programm skizzieren, um zu klären, in welche Richtung sie sich überhaupt bewegen wollte. Das Abflauen des Wirtschaftswachstums, das für die 1970er Jahre bezeichnend war, bot der Demokratischen Opposition – die nur über ein äußerst geringes Ansehen und kaum messbare Unterstützung in der Gesellschaft verfügte und selbst in der schmalen intellektuellen Öffentlichkeit nur einem Teil bekannt war – eine Gelegenheit, ihren Einfluss zu steigern. (Sie versuchte auch, die Arbeiterklasse zu „erreichen“, wusste aber, dass das unter den ungarischen Verhältnissen ein irreales Unterfangen war.) Schließlich setzte sich bei den Andersdenkenden die Vorstellung durch, dass die ungarische Opposition das, was die Polen in großen

---

im Gegensatz zur Praxis in anderen kommunistischen Ländern – zuhause aufbewahren. Ihre Repressionsabsichten praktizierte die Macht mittels Ablehnung des Antrages auf Reisepassausstellung, Verweigerung der Passverlängerung bzw. mittels der Möglichkeit, den Pass wieder einzuziehen. Es kam auch vor, dass eine Person den roten, nicht aber den blauen Pass erhielt. Wurde der Pass eingezogen, so bezog sich das auf den roten und – soweit vorhanden – auf den blauen zugleich.

12 Vgl. János Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság és Magyarország a szemtanúk és résztvevők visszaemlékezései alapján [Die polnische Krise von 1980/1981 und Ungarn anhand der Erinnerungen von Augenzeugen und Teilnehmern]. In: Évkönyv [Jahrbuch des 1956er Instituts], 10 (2002), S. 365 und S. 372. Engelmayer war auch nach dem Dezember 1981 in der illegalen Solidarität aktiv. Von 1990 bis 1995 sollte er der erste Warschauer Botschafter der Republik Ungarn werden.

Stil betrieben, im Kleinen versuchen sollte. János Kis äußerte sich diesbezüglich folgendermaßen: „Sie [das heißt die Oppositionellen] schaffen Situationen, in denen die Regierung wählen muss: Entweder mobilisiert sie die Gewaltorganisationen gegen sie oder sie begnügt sich mit milder dosierten Repressionsmaßnahmen, was in einem Land mit sowjetischem System gleichbedeutend damit ist, sie zu dulden."[13] Anders ausgedrückt bedeutete dies, dass die vorrangige Aufgabe der Opposition in Ungarn – im Gegensatz zur Strategie in Polen – nicht die Schaffung und Führung einer Massenbewegung sein sollte,[14] sondern das Aufzeigen einer Alternative, einer anderen politischen Kultur und anderer politischer Verhaltensmuster, wie sie das Kádár-System praktizierte. Die Gründung der „Solidarność" zwang die bis dahin als lockere Gruppe tätige ungarische Opposition dazu, sich irgendeinen rudimentären funktional-institutionellen Rahmen zu geben. In diesem Sinne wurde im Februar 1981 in der Budapester Wohnung des Architekten László Rajk junior[15] die so genannte Rajk-Boutique eingerichtet, wo neben Samisdat-Schriften zur Situation in Ungarn auch Publikationen der polnischen, tschechischen und russischen Opposition sowie von ungarischen Emigranten vertrieben wurden. Darüber hinaus gab es hier auch Dokumente und Analysen, die sich mit der Situation der magyarischen Minderheit in Rumänien befassten. (Diese betrug nahezu drei Millionen Menschen und wurde durch die Politik von Nicolae Ceauşescu schwer unterdrückt.) Die Zahl der erwerbbaren Publikationen erreichte Ende 1981 bereits mehrere Hundert. Ebenfalls der Institutionalisierung diente auch der von dem Soziologen Gábor Demszky gegründete Unabhängige AB Verlag, die Aktionen der Organisation SZETA sowie die Herausgabe weiterer Samisdat-Periodika. (Über Demszky und die SZETA-Organisation wird im Folgenden noch ausführlicher die Rede sein.) Unter letzteren wurde der *Beszélő* (Sprecher) zur maßgeblichen Zeitschrift. Bis zum Systemwechsel 1989/90 erschienen von dieser Publikation 27 Ausgaben mit einer Auflage von 2 000 bis 2 500 Exemplaren. Die erste Ausgabe des *Beszélő* wurde unmittelbar vor der Einführung des Kriegszustandes in Polen im Dezember 1981 veröffentlicht. (Die Ausgabe war allerdings auf den Oktober

13 János Kis zitiert nach Csizmadia, A magyar demokratikus ellenzék, S. 185.

14 Da die Gesellschaft noch lange Jahre mit Kádár zufrieden war, hätte dies auch nicht gelingen können.

15 László Rajk senior war seit 1939 eine der führenden Persönlichkeiten der ungarischen kommunistischen Bewegung. Als Innenminister spielte er eine entscheidende Rolle bei der Liquidierung des demokratischen Experiments nach 1945 bzw. bei der kommunistischen Machtübernahme. 1949 wurde er zu einem emblematischen Opfer der parteiinternen Säuberungen. Parteichef Mátyás Rákosi, der sich selbst als „bester ungarischer Schüler Stalins" bezeichnete, strengte einen Schauprozess gegen ihn an. Unter falschen Anschuldigungen verhaftet, wurde Rajk noch 1949 hingerichtet. Seine Rehabilitierung und Wiederbestattung im Oktober 1956 stellte ein Vorspiel der ungarischen Revolution dar. Wegen des Schicksals von Rajk, in dessen Prozess auch Kádár eine – wenig ruhmreiche – Rolle gespielt hatte, genossen seine – im Sommer 1981 verstorbene – Witwe und auch sein Sohn, László Rajk junior, eine gewisse Art Schutz, obwohl beide Kritiker des Kádár-Regimes waren. Aufgrund dieser Situation nahm es Rajk auf sich, eine Samisdat-Boutique zu eröffnen.

datiert, um damit die Kontinuität zur ungarischen Revolution von 1956 zum Ausdruck zu bringen.)[16]

III.

Die Äußerungen Kádárs aus den Jahren 1980/81, die abschreckende Wirkung haben sollten, hielten die ungarischen Andersdenkenden nicht davon ab, das einen friedlichen Freiheitskampf führende Polen zu besuchen. Im Januar 1981 reisten der Wirtschaftswissenschaftler Pál Juhász, Mitarbeiter am Budapester Institut für Genossenschaftsforschung, und ein Begleiter sowie der Soziologe Bálint Magyar, Wissenschaftler am Institut für Weltwirtschaft, nach Warschau. Sie führten lange, vor allem wirtschaftspolitische Themen betreffende Gespräche mit den Hauptakteuren aller „frischen politischen Richtungen“, darunter mit den Leitern der hauptstädtischen Organisation der „Solidarność“, mit einigen so genannten Reformkommunisten sowie mit der Führung der „Bauern-Solidarität“. Die Treffen fanden regelmäßig an öffentlichen Orten statt. Den Ungarn folgten dabei – ganz ohne Tarnung und überall hin – zwei Funktionäre der polnischen Staatssicherheit. Die Besucher ließen sich allerdings davon überhaupt nicht beeindrucken, was zur Folge hatte, dass der Geheimpolizei am achten Tag der „Kragen platzte“: Sie nahm Juhász und seinem Kollegen den Pass weg und versah diese mit einem Stempel, der vermerkte, dass ihr Aufenthaltsvisum abgelaufen sei – wobei die Pikanterie der Sache darin lag, dass ungarische Staatsbürger in Polen überhaupt kein Visum benötigten. Schließlich wurden sie in Begleitung der Polizei in das erste Flugzeug nach Budapest gesetzt. Bálint Magyar wurde am nächsten Tag ebenfalls des Landes verwiesen. Zurück in Ungarn wurden die Pässe von Juhász und Magyar eingezogen, letzterer verlor zudem seine Anstellung. Beide wurden beschuldigt, „Kontakt zu Organen und Personen zu suchen und aufzunehmen, die gegenwärtig und auch in nächster Zukunft einer Tätigkeit nachgehen, die die Freundschaft der beiden Völker gefährdet und damit die Gegensätze verschärft.“ Nach einer kleineren Protestaktion von Ökonomen fand Magyar nach einiger Zeit eine Anstellung am Institut für Genossenschaftsforschung. Dessen Direktor hatte sich bereits zuvor gegen die Entlassung von Juhász und seines Kollegen gestellt. Antal Gyenes, der sich in der Zwischenkriegszeit der – damals noch illegalen – kommunistischen Bewegung angeschlossen hatte, stimmte natürlich den Ansichten der Oppositionellen nicht zu, er betrachtete sie vielmehr als Gegner. Er hielt es aber für ehrlos, jemanden aus

16 Der *Beszélő* schenkte, ebenso wie auch die anderen ungarischen Samisdat-Zeitschriften, den aktuellen Ereignissen in Polen besondere Aufmerksamkeit. Gleichzeitig wurden auch in Polen, vor allem in den Untergrundpublikationen *Krytyka*, *Arka* und *Obóz*, regelmäßig „ungarische“ Artikel veröffentlicht sowie der ungarischen Emigrantenliteratur ein Forum eröffnet.

politischen Gründen arbeitslos zu machen, da er selbst dieses Schicksal vor 1945 und in der Ära Rákosi, also in der stalinistischen Zeit in Ungarn in der ersten Hälfte der 1950er Jahre, mehrmals zu erleiden hatte.[17]

Der bereits erwähnte Gábor Demszky machte sich im Mai 1981 auf den Weg, um sich von seinen Bekannten bei der „Solidarność" die wichtigsten Techniken zur Herstellung von Samisdat-Literatur anzueignen und um die Funktionsweise der polnischen „zweiten Gesellschaft" kennen zu lernen. Er verbrachte einige Wochen in Polen, vor allem in Wrocław (Breslau) und Warschau, lernte dabei verschiedene Drucktechniken, die Kniffe der Papierbeschaffung und die Organisation eines Verteilernetzes. Nach seiner Heimkehr trug er im Rahmen der illegalen, nach dem Muster der polnischen „fliegenden Universität" organisierten so genannten Freien Montagsuniversität einen Erlebnisbericht mit dem Titel „Ad Nova" vor. Die polnische Lehrreise Demszkys war vollkommen von seiner Absicht geprägt, mit seiner bisherigen Existenz als in den offiziellen Institutionen integrierter Intellektueller zu brechen: Er verzichtete auf die Öffentlichkeit bzw. auf die Publikation in den offiziellen Medien, auf legale Arbeitsmöglichkeiten und auf Auslandsreisen und ging bewusst zu einer Lebensweise als Oppositioneller über. Gerade der Aufenthalt in Polen bestärkte ihn darin, dass die Opposition eine praktikable Daseinsform darstelle. Im Zuge einer halbjährigen organisatorischen Tätigkeit schuf er den ersten Samisdat-Verlag in Ungarn und publizierte von da an nahezu ein Jahrzehnt lang zensurfreie Presseprodukte und Bücher.[18] Der Debütband des Unabhängigen AB Verlages in den ersten Monaten des Jahres 1982 war eine dreiteilige Quellensammlung mit dem Titel „Dokumente des polnischen Widerstandes".

Der Sommer 1981 führte nicht nur zu einer weiteren Verschärfung der polnischen Krise, sondern stellte die zuständige Abteilung der MSZMP und die ungarischen Polizeibehörden auch vor – damit verbundene – besondere innenpolitische Aufgaben. Zu dieser Zeit fand nämlich die größte „Solidarność"-Aktion der ungarischen Opposition für Polen in diesem Jahr statt: Die SZETA-Mitarbeiter organisierten nach gründlicher Vorbereitung im Juli 1981 am Plattensee ein zweiwöchiges Ferienlager für eine 24-köpfige polnische Kindergruppe. Zur Durchführung der Initiative sammelte die Organisation im Rahmen von Spendenkollekten 80 000 Forint. (Da lediglich 60 000 Forint notwendig gewesen waren, blieb noch Geld für Geschenkpakete.) Außerdem boten drei Personen ihre Sommerhäuser an, um die Kinder unterzubringen. Die SZETA-Mitarbeiter hatten ursprünglich an eine institutionalisierte Aktion im großen Stil gedacht: Mittels des Ungarischen Roten Kreuzes (URK) sollte eine Sammlung durchgeführt werden, um so Geld- und Lebensmittelhilfen nach Polen schicken zu können. Einer der Leiter des URK belehrte in seinem Antwortschreiben allerdings

17 Vgl. Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság, S. 366 f. und Beszélő, Összkiadás [Gesamtausgabe der Zeitschrift Beszélő (Sprecher)], Band 1: 1981–1984, Budapest 1992 (im Folgenden Beszélő), S. 200–203.

18 Vgl. Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság, S. 367 f.

die Initiatoren, dass seine Institution „keine negative Differenzierung zwischen Hilfsbedürftigen und Hilfsbedürftigen treffe. Daher verkünde sie ihre Solidaritätsaktionen für hilfsbedürftige Völker auch nicht so, dass sie zwischen Nationen unterscheide.“[19] Nach dieser – etwas verklausulierten – Ablehnung begannen die SZETA-Organisatoren damit, ein bescheideneres Programm für ein Kinderferienlager zu verwirklichen. Den Warschauer Teil der Organisationsarbeit erledigte Demszky während seines dortigen Aufenthalts im Mai 1981. Er ging zum Ortsverband der „Solidarność“ in Mazóvia, der auch für Warschau zuständig war, und ließ sich von den dortigen Pädagogen und Mitarbeitern der Familienfürsorge bei der Auswahl der Kinder helfen. Die 10- bis 15-jährigen Kinder stammten aus den bedürftigsten Kreisen, insbesondere aus bäuerlichen, Arbeiter- und Angestelltenfamilien (Bauern, Fabrikarbeiter, Eisenbahner, Maler, Fach- und Hilfsarbeiter sowie Büroangestellte) mit vielen Kindern.

Die Gruppe wurde von drei Erwachsenen begleitet. Ihre Leiterin war die – laut Beurteilung der ungarischen Polizeiorgane – „rechtsextrem eingestellte“ Anna Grabowska-Rikielna, die Leiterin des Sekretariats der „Solidarność“ in Mazóvia. Zu den Begleitern gehörte auch ein Vertreter des Arbeiterschutzkomitees. Laut einem „Informationsbericht“ für die MSZMP-Führung wollten die SZETA-Organisatoren mit der Aktion „eine aktive Solidaritätsbekundung für die polnische Opposition und eine Verstärkung der in- und ausländischen Propaganda“ erreichen. Für die Verfasser des Berichts ging dies deutlich daraus hervor, dass die polnische Kindergruppe, in der jedes Kind „eine Mütze und ein Trikot mit der Aufschrift ‚Solidarność‘ trug und eine Tasche mit derselben Aufschrift hatte“, am 10. Juli auf dem Budapester Flughafen „von 25 bis 30 bekannten Oppositionellen empfangen wurde“ und „an der Durchführung neben SZETA-Mitarbeitern 40 Personen, die für ihre feindlich-oppositionellen Aktivitäten bekannt“ waren, aktiv teilnahmen.[20] Die Gruppe wurde in Kékkút am Plattensee in den Sommerhäusern des Kameramanns János Kende und des Architekten Tamás Erőss untergebracht. Die älteren Bewohner des Ortes freuten sich über die polnischen Kinder und brachten ihnen regelmäßig Obst und Gemüse, insbesondere nachdem sie in Erfahrung gebracht hatten, dass vom Herbst 1939 bis gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in zahlreichen Ortschaften am Plattensee Flüchtlinge aus Polen untergebracht waren, die nach dem deutsch-sowjetischen Überfall auf ihre Heimat in Ungarn Schutz gesucht und gefunden hatten. Das Programm des Sommerlagers war ungezwungen. Es waren Baden, Ausflüge und eine Budapester Stadtbesichtigung vorgesehen. Währenddessen schikanierten die Behörden die ungarischen Organisatoren ständig unter dem Vorwand, dass sie die Gesundheitsvorschriften nicht einhalten würden. Zudem verlangte die Polizei mehrmals täglich ihre Ausweise.[21] Dennoch konnte das Sommerlager erfolgreich abgeschlossen werden. Bei ihrer Abreise bekamen die

19 Beszélő, S. 33.
20 MOL, Signatur, 288.f.11/4400 ő. e.
21 Beszélő, S. 34.

polnischen Kinder Pakete mit Lebens- und Waschmitteln, „gegen deren Ausfuhr die ungarischen Zollorgane keinen Einspruch“ erhoben.

Im erwähnten Informationsbericht wurde nicht versäumt zu betonen, dass „die Leiter der Organisation SZETA mittels ihrer Beziehungen die westlichen Massenmedien über die Aktion informiert“ hätten. Das Ziel ihrer Propaganda sei es, „zu beweisen, dass die Bevölkerung und die Jugend die Ferienlager-Aktion aktiv unterstütze. Dies solle eine breite Zustimmung zu den oppositionellen Zielen des Unterstützungsfonds offenbaren.“ Repressionen konnten schließlich nicht ausbleiben: Das Ferienlager wurde auch von Ausländern aufgesucht. Von diesen wurden ein polnischer, ein französischer und ein schweizerischer Staatsbürger „wegen provokativen Verhaltens“ ausgewiesen.[22] Der Pole war Wojciech Maziarski, ein Student des Faches Ungarisch an der Budapester Universität, der als Dolmetscher bei der Durchführung des Ferienlagers geholfen hatte. Ihm wurde kaum Zeit gelassen, um zusammenzupacken. Anschließend brachte ihn ein ungarisches Polizeiauto auf den Budapester Flughafen und setzte ihn in ein Flugzeug, das in Richtung Warschau startete. Einer der Polizisten verabschiedete sich von ihm mit den Worten: „In Polen kannst du eine Gewerkschaft machen, hier aber nicht!“. Von den Organisatoren des Ferienlagers wurde vor allem Demszky bestraft: Wegen der Vorbereitungen in Warschau verlor er seine Anstellung und sein Pass wurde endgültig eingezogen. Auch die Regisseurin Ágnes Háy und der Ökonom György Krassó, die beide ebenfalls eine aktive Rolle gespielt hatten, verloren ihre Pässe.[23]

Innenpolitisch legte die Kádár’sche Führung in der „polnischen Frage“ bis Ende Sommer 1981 eine lavierende Haltung an den Tag. In der Regel ließ sie die Unterstützungs- und Sympathieaktionen der ungarischen Oppositionellen zugunsten der „Solidarność“ nicht ohne Antwort, die Strafen fielen allerdings milde aus. Ein augenfälliges Beispiel hierfür war das Ferienlager selbst, denn die Staats- und Polizeiorgane hätten – wenn es hierzu einen politischen Willen gegeben hätte – die ganze Aktion bereits im Keim ersticken können, wählten aber dennoch lieber ein permanentes, störendes „Begleiten“. Das Verhalten der Behörden nahm teilweise rhapsodischen Charakter an. Als gutes Beispiel hierfür dient der Fall der Literaturzeitschrift *Tiszatáj* (Theißlandschaft). Im Herbst 1980 beschlossen der Literaturhistoriker Csaba Gy. Kiss, der der Volkstümlichen Opposition nahe stand, sowie der Dichter und Polenexperte István Kovács, für *Tiszatáj* eine polnische Ausgabe zu schreiben. (Die Zeitschrift veröffentlichte von Zeit zu Zeit sowieso eine Zusammenfassung über die Literatur in Ostmitteleuropa und eine polnische Ausgabe war letztmals 1976 erschienen.) Anfang 1981 war die thematische Auswahl fertig. Da es zwischenzeitlich aber zu ernsthaften Konflikten zwischen der Macht und der „Solidarność“ gekommen war, bat der Herausgeber, man solle die Ausgabe nicht „Polnische Zusammenstellung“, sondern – viel neutraler – „Krakauer Zusammenstellung“ nennen. Dies

22 MOL, Signatur, 288.f.11/4400 ő. e.
23 Vgl. Beszélő, S. 55 f.

geschah auch. Die Ausgabe erschien und war schnell vergriffen. Hierfür bekam die gesamte Redaktion allerdings ein Disziplinarverfahren. Als der stellvertretende Kultusminister dieses verhängte, konnte er hierfür keine konkrete Begründung geben. Er äußerte nur soviel, dass die Zeitschrift einen „veröffentlichungspolitischen Fehler“ begangen habe. „Genossen“, so wiederholte er sich, „das polnische Material ist zu umfangreich“.[24]

Die zweite Geschichte steht ebenfalls mit István Kovács in Verbindung. Im Juni 1981 reiste er in Begleitung des Dichters Sándor Csoóri, einer Führungspersönlichkeit der Volkstümlichen Opposition, nach Krakau. Gerade als sie sich dort befanden, veranstaltete die „Solidarność“ eine Massenkundgebung mit nahezu 100 000 Anwesenden. Hauptredner war Lech Wałęsa, dem nach seiner Rede Fragen gestellt werden konnten. Auf den beiden Seiten der Bühne stand jeweils eine Person, die Zettel in Empfang nahm, auf denen die Fragen aufgeschrieben waren, und diese an Wałęsa weiterreichte. Csoóri war der Meinung, dass der Masse gezeigt werden müsse, dass auch Ungarn anwesend seien. Er stellte die Frage, welche Meinung Wałęsa über die Ungarn habe und was er über die historischen Beziehungen der beiden Nationen denke. Diese übersetzte Kovács ins Polnische und schickte den Zettel auf die Bühne. Als einer der Gehilfen die Frage vorlas, brach ein riesiger Applaus aus: Die Masse erfuhr nämlich so davon, dass sich Ungarn, die mit ihr solidarisch waren, unter den Anwesenden befanden. Wałęsa antwortete einige Sätze und als er 1956 erwähnte, applaudierte die Masse noch heftiger. Damit drückte die polnische Bevölkerung ihre besondere Sympathie für die Ungarn aus.[25]

Mit den Folgen der Übersetzung der Fragen an Wałęsa wurde István Kovács bei seiner nächsten Reise konfrontiert. Im Mai 1982 wurde er an der ungarisch-tschechoslowakischen Grenze aus dem Autobus geholt, und man nahm ihm den Reisepass ab. Kovács bat die Behörden schriftlich um eine Erklärung und seine Freunde sorgten dafür, dass die Angelegenheit in Madrid vor die damals stattfindende Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, auf der die Menschenrechte gerade besondere Aufmerksamkeit erfuhren, gelangte. Dort wurde der Vorfall auch auf die Tagesordnung gesetzt, worüber Radio Freies Europa in München berichtete. Kovács wurde daraufhin ins Innenministerium vorgeladen. Er bekam seinen Pass zurück. Gleichzeitig wurde ihm mitgeteilt, er könne überall hin reisen, dürfe aber die ungarische Grenze nicht nach Norden, also in Richtung Polen, überschreiten. Die Behörde fügte außerdem hinzu, dass all dies auf polnisches Verlangen geschehe. Bezüglich letzterem erkundigte sich Kovács beim polnischen Botschafter in Budapest. Dieser versicherte ihm, dass die polnische Seite mit dem Ganzen nichts zu tun habe, und belegte dies mit der Feststellung, dass er in Kürze mit dem Orden „Für die Polnische Kultur“ ausgezeichnet werde.[26]

24 Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság, S. 369 f.
25 Vgl. ebd., S. 368 f.
26 Vgl. ebd., S. 386 f.

Die „Polenpolitik“ der ungarischen Führung wurde ab September 1981 sichtlich nervöser. Damals hielt die „Solidarność“ nämlich ihren ersten Kongress ab, auf dem eine „Botschaft“ an die osteuropäischen Arbeiter – mittels allgemeiner Proklamation – angenommen wurde. Darin wurden diejenigen unterstützt, die den Beschluss gefasst hatten, „den schweren Weg der Bildung unabhängiger Gewerkschaften einzuschlagen“ in der Hoffnung, dass sich ihre „Repräsentanten treffen und ihre Erfahrungen mit der Gewerkschaftsarbeit austauschen“ könnten.[27] Auf die Botschaft reagierten die Führungen aller kommunistischen Länder mit hysterischen Zornausbrüchen. In Moskau erklärte man den Kongress geradewegs zu einer „antisozialistischen und antisowjetischen Orgie“. Vor diesem Hintergrund geschah es auch erstmals, dass Kádár einen Brief, in dem er eine Art Druck ausübte, an die Führer der polnischen Bruderpartei richtete. In seinem Schreiben forderte er Warschau zu einem entschiedenen „offenen und konsequenten Auftreten gegen die Feinde des Sozialismus“ auf. Er schrieb: „Wir sind der Meinung, dass es eine besonders dringliche Aufgabe ist, unter Vereinigung, Mobilisierung und aktivem Auftreten der polnischen Kommunisten, der wirklichen polnischen Patrioten und denjenigen Kräften, die bereit sind, für die sozialistische Entfaltung zu handeln, der Konterrevolution den Weg zu versperren.“[28] In Ungarn wurde von Anfang an eine aktive Propaganda gegen die „Solidarność“ betrieben. Diese wurde ab Herbst 1981 ausgeweitet und entwickelte sich zu einer allgemeinen antipolnischen Kampagne, auch um ein Übergreifen der „polnischen Infektion“ auf Ungarn zu verhindern. Selbst wenn die Unzufriedenheit mit dem System für das Regime in Ungarn keineswegs gefährliche Ausmaße annahm, konnten Kádár und sein Zirkel die „Erlebnisse von 1956“, als sie ihre prägenden politischen Erfahrungen sammelten, nicht vergessen. So hatte sich in ihr Gedächtnis auch eingeprägt, dass die Revolution in Ungarn mit einer Sympathiedemonstration für die Veränderungen in Polen begonnen hatte und es die Polen waren, die den Aufständischen als Erste mit Lieferungen von Lebensmitteln und Blutkonserven zu Hilfe gekommen waren. (In den Tagen der Revolution war dies die größte Hilfe, die Ungarn aus dem Ausland erhielt.) Damit ist zu erklären, dass die ungarische Führung auf die Resonanz, die die polnischen Ereignisse von 1980/1981 in der ungarischen Gesellschaft fanden, deutlich überreagierte und selbst die Möglichkeit irgendeiner „gesamtnationalen“ Solidarität mit den Polen von vorneherein verhindern wollte. Sie fürchtete nämlich, dass dies unweigerlich zu einer mentalen Verbindung der beiden Ereignisse führen würde. Die Kádár’sche Macht versuchte einerseits, an die Vorurteile der Menschen zu appellieren, andererseits mobilisierte sie ihren Egoismus. Zwei Botschaften wurden der ungarischen Gesellschaft dementsprechend übermittelt: 1) In Polen gäbe es daher so viele Streiks, weil die Polen – im Gegensatz zu den Ungarn – nicht gerne arbeiten würden; 2) den Preis hierfür müsse Ungarn zahlen, da es wegen der Streiks an der Weichsel zum wirtschaftlichen Bankrott

27 Népszabadság vom 27. September 1981.
28 MOL, Signatur, 288.f.11/4400 ő. e.

komme, und man dann gezwungen sei, „Bruderhilfe zu leisten“; diese ginge damit einher, dass der Lebensstandard in Ungarn auf polnisches Niveau absinke. Während die ungarische Bevölkerung der kommunistischen Propaganda im Allgemeinen nicht glaubte, dachte die Mehrheit in diesem Falle, dass es tatsächlich so sei.[29] Die böswillige und gemeine Kampagne fiel auch deshalb auf fruchtbaren Boden, weil der Kádár-Zirkel der Gesellschaft Glauben machte, dass viele Ungarn im Falle eines Umsturzes in Polen etwas zu verlieren hätten.

Der strengere Kurs Kádárs wirkte sich auch auf das Verhalten der Sicherheitsorgane gegenüber den ungarischen Oppositionellen aus. Dies lag insbesondere daran, dass sich der 25. Jahrestag der Revolution von 1956 näherte und das Regime diesem mit nahezu panischer Furcht entgegenblickte. Tibor Pákh, der gerade wegen seiner Aktivitäten in Verbindung mit der Revolution von 1956 zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, machte sich Anfang Oktober 1981 erneut auf den Weg nach Polen. An der ungarisch-tschechoslowakischen Grenze holten ihn die ungarischen Behörden aus dem Zug nach Warschau und nahmen ihm seinen Pass ab. Wegen dieses Vorgehens erhob Pákh Klage vor der Obersten Staatsanwaltschaft und trat aus Protest in den Hungerstreik. Drei Tage später brachte ihn die Polizei mit Gewalt in eine Nervenheilanstalt. Dort unterzog man ihn – unter Berufung auf seine angebliche Geisteskrankheit – medizinischen Zwangsmaßnahmen und er wurde künstlich ernährt. (Man vergesse nicht, dass dies in der Sowjetunion eine „bewährte“ Praxis gegenüber Regimekritikern war.) Gegen die Einsperrung und psychiatrische Behandlung von Pákh protestierten 57 ungarische und ausländische Intellektuelle mit einer Erklärung. Diese wurde von Radio Freies Europa verlesen. Hierauf wurde Pákh zweieinhalb Wochen später entlassen; seinen Pass bekam er allerdings nicht wieder zurück. Ein Jahr später versuchte Pákh erneut, mittels eines Hungerstreiks die Aufmerksamkeit auf verschiedene Rechtsverletzungen des Kádár-Regimes zu lenken. Die Staatsmacht unterzog ihn darauf erneut einer medizinischen Zwangsbehandlung. Die Nachricht hierüber gelangte ebenfalls schnell ins Ausland. Über den Vorfall berichteten mehrere illegale Publikationen in Polen. Dort erschienen auch Solidaritätserklärungen. Eine davon trug den Titel „Budapester Aufruf“. Infolge der Proteste im Ausland wurde Pákh erneut auf freien Fuß gesetzt.[30]

29 Vgl. Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság, S. 381 f.
30 Vgl. Beszélő, S. 80–83 und Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság, S. 371 f.

IV.

Die Einführung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 wurde von Kádár und seinen Genossen mit Erleichterung aufgenommen. Ihnen erschien es nämlich so, dass damit – und mit dem Beginn des „Ordnungschaffens" durch die Sicherheitsorgane unter General Wojciech Jaruzelski – die Krise behoben bzw. die Gefahr einer sowjetischen Intervention abgewehrt werden konnte. Was die ungarische Gesellschaft betraf, so reagierte diese zumeist ebenfalls mit „Beruhigung" auf die Nachricht des Kriegszustandes. Die Mehrheit bewertete diesen – entsprechend der offiziellen Formulierung – als „unvermeidbaren Schritt, als gut koordinierte und mit Sachverstand durchgeführte Aktion", die man bereits Monate früher hätte durchführen sollen.[31] Die – deklarierte – Polenfeindlichkeit nahm sofort ab. Man konnte jetzt eher hören (oder musste vielleicht sagen), dass es die Polen von nun an verdienen würden, Wirtschaftshilfe zu bekommen. Die überwiegende Mehrheit der Menschen – gemeint sind damit diejenigen, die tatsächlich eine eigene Meinung hatten und sich nicht nur der allgemeinen Meinung anschlossen – nahm an, dass, wenn an der Weichsel endlich Ordnung herrsche, dann das Leben auch in Ungarn leichter werde.

Die ungarische Opposition hingegen schockierte der 13. Dezember 1981. Viele Andersdenkende waren nun der Meinung, dass erneut ein Zustand der Hoffnungslosigkeit eintrete. Nach dem bewaffneten Aufstand in Ungarn 1956 und den Reformmöglichkeiten des „Prager Frühlings" von 1968 sei jetzt auch die „polnische Alternative" ausgeschlossen. Es bleibe also bloß der Kádárismus. Es gab eine nicht geringe Zahl von Personen, die nach all dem aus der Opposition ausschieden und sich auch später nicht mehr an ihren Aktionen beteiligten. Trotz der Trauerstimmung gab es aber auch eine ansehnliche Zahl von Menschen, die in der einen oder anderen Form gegen den Schritt von Jaruzelski protestierten. Sie sprachen – wie aus Parteidokumenten hervorgeht – zum Beispiel von einem „Militärputsch", von „polnischer Junta" und von der „Verletzung der Menschenrechte". Außerdem stellten sie Hunderte von – so die Machthaber – „antikommunistischen Flugblättern mit feindlichem Tonfall und unter Fälschung der Ereignisse in Polen" her und brachten überall in der Hauptstadt Aufkleber mit der Aufschrift „Solidarność" an.[32] Es gab aber auch Personen, die noch mehr unternehmen wollten. In den Tagen vor Weihnachten 1981 erschienen – worüber auch Radio Freies Europa berichtete – maschinengeschriebene Flugblätter in Budapest, die von zehn bekannten Oppositionellen, darunter auch einige SZETA-Mitglieder, unterzeichnet waren und die Bevölkerung dazu aufriefen, sich an Hilfen für das polnische Volk zu beteiligen:

„In Polen, das anderthalb Jahre einen hoffnungsvollen Kampf für die demokratische Erneuerung gefochten hat, sind heute Verletzte, Trauernde und Zehntausende von

31 MOL, Signatur, 288.f.5/847 ő. e. und 58/11 ő. e.
32 MOL, Signatur, 288.f.11/4402 ő. e. und ÁBTL, NOIJ, 1980–1988, III/III und O-18565.

zerbrochenen, armen Familien mit den neuen Herausforderungen eines harten Winters konfrontiert. Es würde die endgültige Aufgabe einer Jahrhunderte langen Freundschaft und unserer gemeinsamen nationalen Traditionen bedeuten, wenn wir Ungarn es in dieser tragischen Situation versäumen würden, unseren polnischen Brüdern unser Mitgefühl auszudrücken. Lasst uns zumindest ihren Kindern zu Hilfe eilen! Wir bitten alle, die in der Lage sind, polnische Arbeiterkinder zu beherbergen oder sich an den Kosten für ihre Versorgung oder Reise zu beteiligen, sich an die im Aufruf angegebenen Adressen zu wenden. Wir beabsichtigen, die polnische Kirche darum zu bitten, die Reise der bedürftigsten Kinder vorzubereiten. Wir bitten auch um Meldung derjenigen, die beabsichtigen, Geschenkpakete nach Polen zu senden!“[33]

Die ungarische Führung beschloss daraufhin, der oppositionellen Initiative zuvorzukommen und diese damit zu verhindern. (Etwas Derartiges war bereits einmal zuvor geschehen, als sie eine geplante Aktion der SZETA-Organisatoren dadurch verhinderte, dass sie diese in einen offiziellen Rahmen „einspannte“.[34]) Dementsprechend machte das Ungarische Rote Kreuz gleich nach den Weihnachtsfeiertagen in einer öffentlichen Mitteilung bekannt, dass es sich „mit einer umfangreichen Sendung dem Aufruf der Liga der Rotkreuzgesellschaften zur Unterstützung der Aktivitäten der polnischen Bruderorganisation“ anschließe und erklärte gleichzeitig auch, dass es „ein Bankkonto zur Sammlung privater Spenden“ einrichte.[35] Die Leiter der Organisation kamen auf diese Weise den Wünschen der politischen Führung ohne besondere Bedenken entgegen und warfen mit einer Handbewegung die – angeblichen – Grundprinzipien des URK über Bord. („Wir treffen keine negative Differenzierung zwischen Hilfsbedürftigen und Hilfsbedürftigen!“ – Mit dieser Feststellung hatte das URK ein halbes Jahr zuvor die Anfrage der SZETA-Mitarbeiter abgeblockt, auf einem Sonderkonto für die Polen Spenden zu sammeln.) Nach diesem Schritt des URK hatte die Opposition keine andere Wahl, als in der zweiten Nummer des *Beszélő* vom Januar 1982 ihren eigenen Aufruf durch folgenden Zusatz zu ergänzen: „Wir machen Personen, die Geschenkpakete senden wollen, auf die Hilfsaktion des Ungarischen Roten Kreuzes für Polen vom 28. Dezember aufmerksam.“[36] Die Opposition, die in der Gesellschaft sowieso nur wenig verwurzelt war, schätzte richtig ein, dass die Hilfe für die Polen die wichtigere Aufgabe war, auch wenn diese jetzt offiziellen Charakter erhalten hatte. In kommunistischen Ländern wählten die Menschen lieber und häufiger staatliche Institutionen, dann daraus konnten ihnen keine Nachteile erwachsen. Die Opposition hatte Recht: Die Möglichkeit für individuelle und kollektive Spenden wurde genutzt und das Ungarische Rote Kreuz erhielt in der Tat eine große Zahl von Spendenangeboten bzw. -überweisungen.[37]

33 Beszélő, S. 104 f.
34 MOL, Signatur, 288.f.11/4403 ő. e.
35 Ebd.
36 Beszélő, Összkiadás, S. 105.
37 MOL, Signatur, 288.f.5/847 ő. e.

Die Kádár'sche Führung gab sich aber nicht zufrieden, in offiziellem Rahmen Spendensammlungen für die Polen durchführen zu lassen, sondern beschloss auch, die Idee aus dem oppositionellen Aufruf vom Dezember 1981, polnische Kinder zu einem zeitweiligen Aufenthalt nach Ungarn einzuladen, zu ihrer eigenen zu machen. Die Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes (KISZ), einer „Filialorganisation" der MSZMP, traf daraufhin mit entsprechenden polnischen Organisationen Vereinbarungen, worauf im Laufe des Jahres 1982 4 000 polnische Kinder für einen Monat in Ungarn Ferien machen oder lernen konnten. Die Kinder wurden in Zánka, dem größten Pfadfinderlager am Plattensee, untergebracht. Die erste, 120-köpfige Gruppe kam am 4. Februar 1982 an, worüber die ungarische Presse auch ausführlich berichtete. Bei seinem Besuch in Budapest im April dieses Jahres bedankte sich General Jaruzelski hierfür auch bei Kádár und betonte, dass „diese edle ungarische Geste in der polnischen Öffentlichkeit eine sehr positive Reaktion" hervorgerufen habe.[38] Die „sozialistische ungarisch-polnische Freundschaft" war also wiederhergestellt. Die neue Situation offenbarte sich auch in der viel sagenden Zustimmung der MSZMP-Führung, dass „die in Budapest tätigen polnischen Arbeiter – auf ihre Bitte hin – am 1. Mai 1982 zusammen mit den Budapester Werktätigen aufmarschieren" sollten; sie sollten dabei „in ihren Reihen polnische Fahnen sowie die Porträts von J. Kádár und W. Jaruzelski" mit sich führen.[39]

Wie erwähnt, scheiterte die Opposition mit ihrer Initiative zur Spendensammlung. Die Absicht, ein Ferienlager zu organisieren, gab sie allerdings nicht auf. Die erfolgreiche Durchführung im vorangegangenen Jahr war noch in frischer Erinnerung, mehr zählte aber vielleicht die Tatsache, dass sich auf den Aufruf vom Dezember hin so viele Personen meldeten, dass 200 polnische Arbeiterkinder für zwei Wochen und bei voller Übernahme der Kosten in ungarischen Familien untergebracht werden konnten. Die Vorbereitungen auf polnischer Seite wurden von der Polnischen Gesellschaft der Kinderfreunde übernommen. Währenddessen legten die polnischen und ungarischen Behörden der Aktion aber immer mehr Hindernisse in den Weg. Wegen der Sabotage durch die Ungarische Post wurden so zum Beispiel die regulär ausgestellten und von Staatsbeamten abgestempelten Einladungsbriefe von Privatpersonen nach Warschau gebracht, wobei allerdings ein Großteil dieser Schreiben von den ungarischen Behörden bei der Ausreise beschlagnahmt wurde. Die erste polnische Kindergruppe – 45 Personen und zwei Pädagogen als Begleitung – hätte am 16. August 1982 ankommen sollen. In Ungarn waren hierfür alle Vorbereitungen getroffen worden. Die Gruppe musste aber bereits in Warschau zwei Tage auf die Abfahrt des Zuges nach Budapest warten, obwohl sie über Sitzplatzkarten und auch über Pässe verfügte. Die Fahrkarten bekam sie dennoch nicht und schließlich nahm die polnische Polizei auch die Reisedokumente ab.[40] Die Organe der polnischen

38 MOL, Signatur, 288.f.5/846 ő. e. bzw. 11/4405 ő. e.
39 MOL, Signatur, 288.f.5/851 ő. e.
40 Vgl. Irodalmi Újság (Paris), Nr. 4, 1982, S. 3.

und ungarischen Staatssicherheit bzw. die politische Führung in beiden Ländern vereitelten so im letzten Augenblick und mit vereinten Kräften die Aktion der Opposition für ein alternatives Ferienlager. Die Macht hatte also nachträglich aus ihrem „Fehler“ gelernt, 1981 eine derartige Initiative, deren Erfolg die ungarische Opposition zweifellos stärkte, erlaubt zu haben. Kádár selbst missfiel besonders, dass die aus Intellektuellen bestehende Opposition wiederholt Beziehungen zur Arbeiterklasse, also zur ewigen „Berufungsgrundlage“ der kommunistischen Machthaber, suchte – auch wenn es sich in diesem Fall um die polnische Arbeiterklasse handelte.

Am 31. August 1982, dem zweiten Jahrestag des Danziger Abkommens zwischen der Regierung und der „Solidarność“, kam es in ganz Polen zu Kundgebungen. Die in die Illegalität gezwungene Gewerkschaft bat die ungarische Opposition darum, einen Tag vor diesem Datum in Budapest eine Gedenkveranstaltung abzuhalten. Am 30. August versammelten sich 50 bis 60 Personen auf dem Platz vor der – wie gezeigt symbolträchtigen – Statue von General Bem. „Weitere 20 bis 30 Personen kehrten um, als sie sahen, dass auf dem Platz Verhaftungen stattfanden. Die Mehrheit wurde nach ihren Papieren gefragt und es wurden ihre Personalien festgehalten.“ Die Organisatoren Demszky, Haraszti, Rajk und den Architekten Bálint Nagy hatte die Polizei bereits unmittelbar vor der Demonstration festgenommen und nach drei Stunden wieder frei gelassen, so dass sie ihre geplanten Reden nicht halten konnten. Die Polizisten schafften auch die Blumen, die als Zeichen der „Solidarität mit dem polnischen Volk“ niedergelegt worden waren, vom Sockel der Statue weg. Während der Aktion sprach Tibor Pákh einige Worte zu den Versammelten und bat die Gläubigen um ein leises Gebet, die Nichtgläubigen um stille Meditation. „Nach mehrmaligen Aufforderungen durch die Polizei löste sich die Gruppierung gegen halb sieben friedlich auf.“[41]

Kurze Zeit später wurde in der Hauptstadt die vervielfältigte Erklärung, die Demszky während der Gedenkveranstaltung nicht hatte verlesen können, verteilt. Die Stellungnahme, die auch in Ausgabe 4 des *Beszélő* veröffentlicht wurde, handelte im Wesentlichen von der Parteinahme zugunsten der „Solidarność“ sowie von der friedlichen Freiheitsbewegung des polnischen Volkes und deren Unterdrückung. Außerdem wurde es darin als eine Schande bezeichnet, dass die ungarische Regierung die „Militärdiktatur in Polen“ unterstütze. „Lasst uns nicht vergessen“, so das Dokument, „dass die Polen die Ungarn 1956 mit Blut, Geld und auf vielfältige Weise unterstützt haben. Das Militärregime verschlimmerte die wirtschaftliche Lage der Polen nur und machte jegliche [positive] politische Entwicklung aussichtslos. Es wäre eine gefährliche Illusion, wenn wir denken würden, dass Ungarn auf dem Weg des wirtschaftlichen Aufstiegs und der demokratischen Entwicklung Fortschritte erzielen könne, während in Polen dieselben Bestrebungen brutal unterdrückt werden.“[42] Von der Gedenkveranstal-

41 Ebd. und Beszélő, S. 163.
42 Beszélő, S. 163.

tung in Budapest am 30. August berichteten westliche Presseagenturen (AFP, Reuter), so dass die Nachricht davon auch nach Polen drang. Diejenigen Polen, die hierüber Kenntnis erhielten, gingen gewiss am folgenden Tag mit noch größerer Entschlossenheit auf die Straße. Der Kritiker András Kardos, der sich in Warschau aufhielt, konnte sich persönlich ein Bild von der Situation machen. Als die Machthaber die friedlichen Demonstranten angreifen ließen und dabei auch Tränengas einsetzten, flüchtete sich Kardos zusammen mit vielen Polen in eine Kirche. Als ein Demonstrant dort merkte, dass sich auch ein Ungar unter ihnen befand, erklärte er „mit strahlendem Gesicht, ihn beinahe umarmend": „In Budapest gab es eine Solidaritätsdemonstration."[43]

V.

In der polnischen Gesellschaft ist die Erinnerung an die ungarische Revolution von 1956, für die sie so viel getan hatte, immer lebendig geblieben. Seit 1980 interessierte sich auch die „Solidarność" für die ungarischen Ereignisse und wollte daraus Erfahrungen schöpfen. Es verwundert daher überhaupt nicht, dass zum 25. Jahrestag von 1956 in der – damals gerade „halblegalen" – polnischen zweiten Öffentlichkeit mehrere Bücher und Artikel zu diesem Thema erschienen. In einem damaligen Bericht der Abteilung für Agitation und Propaganda der MSZMP wurde dieser Sachverhalt – unter Verwendung einer typischen Diktion – so präsentiert: „Die extremen Elemente der Solidarność nützen die [ungarischen] Ereignisse des Jahres 1956 in den verschiedenen, unter ihrem Einfluss stehenden landesweiten und wöchentlich erscheinenden Publikationen vor allem dazu, ihre eigenen politischen Bestrebungen und Konzepte zu bestätigen und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei weiter zu diskreditieren. Sie stellen die Ereignisse eindeutig als ‚Revolution' und ‚berechtigten Aufstand der Massen' dar."[44] Es kam aber auch vor, dass polnische Staatsbürger ungarischsprachige Flugblätter, die mit „Polnisch-ungarische Freundschaft" oder „Solidarnosc-SZETA" begannen, in Budapest verteilten.[45]

Nach der Einführung des Kriegszustandes stieg das Interesse an den ungarischen Ereignissen von 1956 weiter, und zwar in einem Maße, dass die „Schicksalsgemeinschaft" des 4. November 1956[46] und des 13. Dezember 1981 zum „Kitt" der Kooperation der ungarischen und polnischen Opposition wurde – ungeachtet der Tatsache, dass das „Gewicht" der beiden Seiten von Anfang an sehr unterschiedlich war. So konnte es geschehen, dass zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution dutzendweise Untergrundschriften in polnischer Spra-

43 Ebd., S. 170 und Tischler, Az 1980–1981-es lengyel válság, S. 389.
44 MOL, Signatur, 288.f.12/217 ő. e.
45 ÁBTL, NOIJ, 1980–1988, III/III.
46 An diesem Tage begann die (zweite) sowjetische Intervention zur endgültigen Niederschlagung der ungarischen Revolution.

che zu diesem Thema erschienen und in der – bereits erwähnten – Kirche des Heiligen Christopherus in Podkowa Leśna das erste Denkmal der Region zu 1956, eine zweisprachige (polnisch-ungarisch) beschriftete Granittafel, enthüllt wurde. Diese trug folgende Aufschrift: „Dem Gedenken der Gefallenen und Ermordeten zum 30. Jahrestag der Revolution“. Der Enthüllung schloss sich zudem eine illegale Fotoausstellung am selben Ort an. Und gegenüber der ungarischen Botschaft in Warschau wurde ein Transparent mit der Aufschrift „1956 – Ungarn – Wir gedenken – Solidarność“ angebracht.[47]

Die Ereignisse in Polen in den Jahren 1980/81 fielen in eine Zeit, als die „junge Generation“ der ungarischen Opposition die – offiziell – als „Konterrevolution“ betitelten Ereignisse von 1956 für sich entdeckte und daraufhin in den Samisdat-Publikationen da und dort entsprechende Dokumente, Erinnerungen und Studien publizierte. Bei der älteren Generation war die Gnadenlosigkeit der Vergeltung nach der Revolution hingegen immer präsent geblieben. Gerade diese Erinnerung brachte eines der schönsten Beispiele für die oppositionelle „Solidarność“ von Ungarn und Polen hervor, nämlich einen Artikel des Schriftstellers György Konrád, der in der *New York Review of Books* vom 2. Dezember 1982 erschien:

„Es besteht die große Gefahr, dass die polnische Regierung sich dazu anschickt, die Welt in der Angelegenheit des KOR, des Arbeiterschutzkomitees, vor vollendete Tatsachen zu stellen. Jacek Kuroń, Adam Michnik, Jan Lityński, Jan Józef Lipski und Henryk Wujec wurden zuerst interniert, dann verhaftet und wiederholt des Landesverrates und der Verschwörung angeklagt. Wenn das Gericht die Angeklagten für schuldig befindet – und die Parteipresse spricht bereits in diesem Sinne über sie –, dann eröffnet das die Möglichkeit zur härtesten Strafe, zur Todesstrafe. [...] Ich erhebe meine Stimme im Interesse dieser höchst talentierten und charakterstarken polnischen Intellektuellen, die in der Geschichte der demokratischen Bewegungen in Osteuropa eine bedeutende Rolle gespielt haben und deren Ziel es ist, im Rahmen einer Selbstbeschränkung übenden Demokratie einen gesetzlich festgeschriebenen Gesellschaftsvertrag zwischen dem Parteistaat und der Gesellschaft zu schließen. [...] Ich kenne die Einwände gegen meine Worte: Eine derartige Prophezeiung ist keine glückliche Sache. Ich weiß auch: Viele informierte und aufgeklärte Menschen werden meine Warnung ignorieren, weil sie sie für eine überflüssige Verängstigung halten. Ich kann aber das schandvolle Erstaunen nicht vergessen, das wir Ungarn nach der Niederschlagung unserer nationalen demokratischen Revolution von 1956 gefühlt haben, als im Juni 1958 die Hinrichtung von Imre Nagy und seiner Gefährten Miklós Gimes, Pál Maléter und József Szilágyi bekannt gegeben wurde. Das hinter verschlossenen Türen verkündete Urteil wurde sofort vollstreckt. Der Öffentlichkeit wurden nur die vollendeten Tatsachen mitgeteilt. [...] Ich bitte die Leser dieser Zeilen, ihre Stimme gegen die immer gewaltsamere Zerstörung der Autonomie der größten osteuropäischen Nation zu erheben. Glauben sie nicht, dass dem Schlechten nicht etwas noch Schlechteres folgen kann.“[48]

47 So die Erinnerungen von Ákos Engelmayer. Fotografien, die die obigen Ereignisse dokumentieren, befinden sich im Besitz des Verfassers.

48 Beszélő, S. 320 f.

Die Führung unter Kádár duldete es diesmal nicht, dass die obige Schrift, die zudem in einer weltweit renommierten Zeitschrift publiziert wurde, ihren empfindlichsten Punkt berührte. Kádár fürchtete sich bis zu seinem Tode im Jahre 1989 vor der Erinnerung an 1956. Er war sich bewusst, dass die sowjetischen Truppen am 4. November 1956 eine rechtmäßige Regierung, die Regierung des im Juni 1958 hingerichteten Imre Nagy, gestürzt hatten. Und diese Tat belastete ihn bis zum Ende seines Lebens. Im Herbst 1981 erwartete das Regime den Jahrestag der „Konterrevolution", der dann ohne besondere „Störung der Ordnung" vorüberging, mit völlig übertriebenen Vorbereitungen. Aus politischen Erwägungen wollte man damals nicht mit besonderer Gewalt gegen die Opposition vorgehen: Die internationale Meinung, die wegen der Westkredite für das Regime besondere Bedeutung hatte, sollte den Jahrestag nicht mit einer möglichen Verschleppung von Oppositionellen in Verbindung bringen. (Vergessen wir nicht, dass die polnische Krise zu diesem Zeitpunkt noch nicht „gelöst" war.) 1982 hingegen sahen Kádár und seine Genossen die Zeit als reif für eine Kraftdemonstration an. Hierzu trug mit Sicherheit auch bei, dass der Leiter des KGB Juri Andropow, der 1956 sowjetischer Botschafter in Budapest gewesen war, im November 1982 Nachfolger des verstorbenen Leonid Breschnew wurde. Damit rückte die „innenpolitische Linie" in Moskau in den Vordergrund. In Budapest wurde vermutlich damals auch erwogen, dass eine gewisse innenpolitische „Verhärtung" die neue sowjetische Führung zufrieden stellen werde und so auch weiterhin der – im Vergleich zu den übrigen kommunistischen Ländern weichere – Kurs Kádárs fortgesetzt werden könne.

Die Oppositionellen waren bereits seit Frühjahr 1982 größeren oder kleineren Schikanen ausgesetzt, also provokativen Beobachtungen und Nachstellungen, der Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, verbalen Angriffen usw. Den „casus belli" rief aber schließlich der Konrád-Artikel hervor. Im offiziellen Presseorgan der MSZMP, der Tageszeitung *Népszabadság* (Volksfreiheit), erschien am 11. Dezember 1982 ein Artikel aus der Feder des stellvertretenden Chefredakteurs Péter Rényi mit dem Titel „Das ist kein Kinderspiel" („Nem babra megy a játék"). In diesem attackierte der Verfasser Konrád und seinen Artikel und beschuldigte ihn, im Dienste westlich-imperialistischer antikommunistischer Zentren und ihrer Propagandamaschinerie zu stehen. Zugleich stellte er ein entschiedenes Auftreten gegen all jene in Aussicht, die das System nicht akzeptierten: „Wir halten weiter daran fest, was bereits früher über die Opposition gesagt wurde: Wir suchen keine Konfrontation, aber wir weichen ihr, wenn es notwendig ist, auch nicht aus – ganz nach der alten ungarischen Redewendung: ‚So wie du dich mir gegenüber verhältst, so werde ich mich dir gegenüber verhalten'."[49]

Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, was Rényi unter der Reaktion der Macht verstand. Die Kádár-Führung hatte nämlich beschlossen, eine demonstrative Aktion in Gang zu setzen, „um die Vervielfältigung und Verbreitung oppositio-

49 Népszabadság vom 11. Dezember 1982. (Die ungarische Redewendung lautet: „Amilyen az adjonisten, olyan lesz a fogadjisten").

nell-feindlicher Publikationen zurückzudrängen“. Neue Taktik wurde, die Opposition finanziell zu ruinieren. Zum einen ließ sie Hausdurchsuchungen bei Demszky, bei mehreren Mitarbeitern des Unabhängigen AB Verlages sowie bei anderen Oppositionellen durchführen, zum anderen ordnete sie an, die Verteilungszentrale der Publikationen, die Rajk-Boutique, zu schließen. Damit schlugen sie zwei Fliegen mit einer Klappe: Mit der Beschlagnahmung der Samisdat-Publikationen und ihrer so genannten Stammexemplare verursachten sie bei der Opposition einen empfindlichen, nicht nur materiellen Verlust. (Finanziell ging es um etwa 350 000 Forint in einer Zeit, in der der monatliche Durchschnittsverdienst bei 5 000 bis 6 000 Forint lag.) Im Falle der Boutique zerstörte die Macht zudem die Überzeugung der Andersdenkenden, dass Rajk wegen des Schicksals seiner Eltern als „sacrosanct“ zu betrachten sei.[50]

Nicht nur die Aktion selbst hatte demonstrativen Charakter, sondern auch der Zeitpunkt ihrer Durchführung. Es lässt sich zwar schwer abschätzen, inwieweit es sich hierbei um Absicht handelte, Tatsache ist aber, dass die Polizeiaktionen vom 14. Dezember fast genau auf den Tag fielen, an dem ein Jahr zuvor von Jaruzelski der Kriegszustand verkündet wurde. Die Behörden lösten nicht nur die Boutique – wo sie neben zahllosen Samisdat-Veröffentlichungen auch ein Vervielfältigungsgerät und zwei Siebdruckrahmen beschlagnahmten – auf, sondern quartierten auch Rajk aus einer Wohnung in der Budapester Innenstadt aus, was einer erneuten Warnung an die Opposition gleich kam. Die Rechnung der Machthaber ging auf: Obwohl die Boutique an Rajks neuem Wohnort einige Monate später neu eröffnet wurde, hatte sie ihre zentrale Bedeutung ein für allemal verloren. Ende März 1983 kam es erneut zu Hausdurchsuchungen bei bekannten Oppositionellen, die denjenigen vom Dezember 1982 glichen. Wieder wurden der Opposition – mit der Beschlagnahmung von Manuskripten, Publikationen, Druckereigerät und Schreibmaschinen – schmerzliche Verluste zugefügt. Die Polizeiaktionen wurden 1983 ununterbrochen fortgesetzt und gipfelten im September, als Demszky auf offener Straße misshandelt und dann zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe auf (dreijährige) Bewährung verurteilt wurde.

Das Kádár-Regime gewann diese „Schlacht“, den Krieg verlor es aber, ebenso wie General Jaruzelski den seinen, denn der Kriegszustand löste keine Probleme, sondern verlängerte nur die Agonie des kommunistischen Systems in Polen um fast acht Jahre. Wie sehr sich Jaruzelski und Kádár voneinander unterschieden, zeigte sich Ende der 1980er Jahre. Der polnische General war letztlich einsichtig. Als er 1988 zwischen erneuter Gewaltanwendung und dem Dialog mit der Opposition, also mit der von ihm verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“, wählen musste, entschied er sich für letzteres. Damit wies er als erster den Weg für mögliche politische Veränderungen. Kádár hingegen war hierzu nicht fähig, so dass ihn seine eigenen Genossen aus der Politik drängen mussten, als sein Kurs, der sich aus den Erfahrungen mit der Revolution von 1956 speiste, nach gut drei Jahrzehnten gescheitert war. Die Tatsache, dass der Systemwechsel in

50 Vgl. MOL, Signatur 288.f.11/4410 ő. e.

Ungarn 1989/90 – ähnlich der polnischen Wende und anfänglich nach deren Muster – ohne Blutvergießen vonstatten ging, war somit nicht mehr sein Verdienst, sondern derjenige einer jüngeren Generation, die ihn innerhalb der MSZMP in den Hintergrund drängte und, indem sie die Bedingungen des „friedlichen Übergangs" bestimmte, der Einsicht in den „Lauf der Geschichte" Platz machte.

Die hinsichtlich ihrer Zahl wesentlich schwächere und schlechter organisierte ungarische Opposition war bis 1987/88 nicht in der Lage, Rückhalt bei den Massen zu finden, auch nicht in der „polnischen Frage". Sie konnte keine Millionen, Zehntausende oder selbst Tausende in Bewegung setzen. Ihre konsequenten Aktivitäten trugen aber dennoch dazu bei, die kommunistische Macht zu untergraben. Seit dem Zusammenbruch des Kádár-Regimes, der auf die Mitte der 1980er Jahre zu datieren ist, spielte sie allmählich eine Rolle, die wesentlich bedeutender war, als es ihr zahlenmäßiges Gewicht widerspiegelte. Diesem Faktum ist auch zu verdanken, dass es ihr 1989 gelang, die Führungsriege der MSZMP an den Verhandlungstisch zu bringen. Die MSZMP fand ihrerseits in der Opposition einen kompetenten, von der Gesellschaft bevollmächtigten Verhandlungspartner und konnte daher mit ihr über die friedliche Machtübergabe verhandeln. Aber das ist bereits eine andere Geschichte.

Aus dem Ungarischen übersetzt von Andreas Schmidt-Schweizer.